

BZ

Freitag, 30. August 2019

# et wieder über Lärm

ro-Airports begann, endete in einer hitzigen Debatte über Fluglärm.



reas Bammatter platzte im Landrat  
Bild: Kenneth Nars (Liestal, 20. Juni 2014)

Bänziger, die die Diskussion zuvor beantragt hatte, gab Bammatter recht. «Wir brauchen eine Nachruhe, die den Namen verdient», sagte sie.

Die Antwort der Regierung, die Grenzwerte würden in Allschwil nicht überschritten, sei falsch, sagte Werner Hotz (EVP): «Zwischen 23 und 24 Uhr werden die Lärm-Grenzwerte in Allschwil regelmässig überschritten.» Die betroffene Bevölkerung habe klare Erwartungen, sagte Hotz. Der Allschwiler Jürg Vogt (FDP) fügte an: Er spüre zwar, dass ein Umdenken stattfinde, appellierte aber an die Regierung: «Mindestens zehn Prozent der Baselbieter Bevölkerung sind betroffen, bitte nehmt das ernst.»

Dass eine Lösung gefunden werden muss, fand auch CVP-Fraktionschef Felix Keller. Und wandte sich an die HKBB: «Eine Gegenbewegung ist nicht die richtige Lösung. Man muss miteinander arbeiten, nicht gegeneinander.» HKBB-Direktor Martin Dätwyler (FDP) wehrte sich sogleich gegen den Vorwurf: «Wir sind keine Offensive gegen die Fluglärmgegner, sondern für den Flughafen.» Auch der Alliance GloBâle sei es wichtig, in der Fluglärm-Debatte eine Lösung zu finden. Für Bammatter ist das nicht genug. Von einer Lärmverteilung

wäre dicht besiedeltes Gebiet in der Stadt betroffen. Trotzdem könnte das eine Lösung sein: «Wenn sich nichts ändert, müssen wir die Forderung, dass sich Basel beteiligt, vielleicht doch laut aussprechen», sagte er hinterher zur Bz.

## Die Diskussion um die Diskussion

Zuvor hatte es bereits eine lebhafte Debatte darüber gegeben, ob zur Interpellation eine Debatte stattfinden darf. Dagegen wehrte sich FDP-Landrat Andreas Dürr. Die Debatte würde sich nur um den Fluglärm drehen, prophezeite er. Er beantragte, die Diskussion abzulehnen. Er wolle keinen Präzedenzfall schaffen, der Debatten über Interpellationen künftig verhindere, fand demgegenüber Klaus Kirchmayr (Grüne). Recht gab ihm Simone Abt (SP), die sich «zunehmend unwohl» fühlte, weil man versuche, die Debatte zu verweigern.

Entsprechend knapp fiel die Abstimmung aus: Der Antrag auf Diskussion von Rahel Bänziger wurde mit 44 Ja-Stimmen zu 40 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.